



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen: II 13 03e02.14-03

Nur per E-Mail:

Kreisausschüsse der Landkreise und
Magistrate der kreisfreien Städte

Dst. Nr. 0005
Bearbeiter/in Frau Brieger
Durchwahl (06 11) 353 1681
Telefax: (06 11) 32712-1681
Email: christine.brieger@hmdis.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

Datum 31. August 2015

nachrichtlich:

Hessischer Städte- und Gemeindebund
Hessischer Städtetag
Hessischer Landkreistag

Vorbereitung der Kommunalwahlen 2016

Direktwahlen

1. Wahltag

Die Hessische Landesregierung hat durch Verordnung vom 13. Mai 2015 (GVBl. S. 214) den Tag der Wahl der Gemeindevertretungen, Ortsbeiräte und Kreistage auf den **6. März 2016** festgesetzt.

2. Rechtsgrundlagen

2.1 Für die Kommunalwahlen 2016 gelten neben der Verordnung über die Wahltagsbestimmung

- das Hessische Kommunalwahlgesetz (KWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. S. 158, 188),
- die Kommunalwahlordnung (KWO) in der Fassung vom 26. März 2000 (GVBl. I S. 198, 233), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Mai 2015 (GVBl. S. 237),
- die einschlägigen Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. S. 158, 188) und

- die einschlägigen Bestimmungen der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. S. 158).

2.2 Zu den letzten Rechtsänderungen durch das Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts der kommunalen Wahlbeamten und zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften vom 28. März 2015 (GVBl. S. 158, 188) und die Verordnung vom 28. Mai 2015 (GVBl. S. 237) gebe ich folgende Hinweise:

- Die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge wurde vom 66. Tag auf den 69. Tag vor der Wahl vorverlegt, § 13 Abs. 1 KWG, § 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWO.
- Im Falle einer mehrfachen Unterzeichnung von Wahlvorschlägen durch einen Wahlberechtigten bleibt die Unterzeichnung gültig, für die der Gemeindevorstand die erste Bescheinigung nach § 23 Abs. 3 Nr. 3 KWO ausgestellt hat; die Unterschriften auf allen weiteren Wahlvorschlägen für diese Wahl sind ungültig, § 23 Abs. 3 Nr. 4 KWO.
- Die Beisitzer der Wahlausschüsse sollen Gelegenheit erhalten, die zu beratenden Unterlagen vor der Sitzung zur Kenntnis zu nehmen, § 3 Abs. 2 Satz 4 KWO.
- Für Bewerber, die nachweisen, dass für sie im Melderegister eine Übermittlungssperre nach § 34 Abs. 5 des Hessischen Meldegesetzes – ab 1. November 2015 eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes – eingetragen ist, ist in der Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge und u.U. auf dem Stimmzettel anstelle der Anschrift (Hauptwohnung) eine Erreichbarkeitsanschrift anzugeben, §§ 15 Abs. 5 KWG, 26 Satz 2 Nr. 3 KWO, § 16 Abs. 2 Satz 4 KWG.
- Die öffentlichen Bekanntmachungen können nun auch ausschließlich im Internet erfolgen, soweit dies in der Hauptsatzung der Kommune festgelegt wurde, § 67 Abs. 3 KWG.
- Für den Umschlag, in dem der Stimmzettel bei der Briefwahl abgegeben werden muss, wird zukünftig der Begriff „Stimmzettelumschlag“ statt „Wahlumschlag“ verwendet.
- Für die gleichzeitig durchgeführten Kreis-, Gemeinde- und Ortsbeiratswahlen müssen bei der Briefwahl jeweils eigene Stimmzettelumschläge verwendet werden, § 19 Abs. 1 Satz 2 KWG.
- Die Angabe eines Ortes bei der Versicherung an Eides statt auf dem Wahlschein ist nicht mehr erforderlich, § 45 Abs. 1 Satz 1 KWO.

- In die repräsentative Wahlstatistik können Briefwahlbezirke mit einbezogen werden, § 66 Abs. 2 Satz 2 KWG, § 110 Abs. 2 KWO.
- Der Rechtsschutz von Wahlberechtigten wurde dahingehend verbessert, dass nach der Wahl Rechtsverletzungen eines Einspruchsführers auch dann festgestellt werden, wenn sie keine Auswirkungen auf die Gültigkeit der Wahl haben. Die Rechtsverletzung ist im Beschluss der Vertretungskörperschaft festzuhalten, § 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 KWG. Auch im Rahmen des gerichtlichen Wahlprüfungsverfahrens sind etwaige Rechtsverletzungen von Einspruchsführern festzustellen, §§ 27 Satz 2, 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 KWG.

3. Maßgebliche Einwohnerzahlen

Die für die Wahl der Gemeindevertreterinnen und –vertreter sowie Kreistagsabgeordneten (§ 38 HGO, § 25 HKO) maßgeblichen Einwohnerzahlen werden vom Hessischen Statistischen Landesamt festgestellt.

Maßgeblich für die Gemeindewahl sind nach § 148 Abs. 1 HGO und für die Kreiswahl nach § 58 HKO die für den letzten Termin vor Bestimmung des Wahltags, also vor dem 13. Mai 2015 vom Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) festgestellten und veröffentlichten Einwohnerzahlen. Diese hat das HSL zum Stichtag 30. September 2014 festgestellt und am 8. April 2015 veröffentlicht; sie sind im Internetangebot des HSL statistik-hessen.de unter „[Wahlen/Kommunalwahlen am 6. März 2016](#)“ abrufbar.

4. Vordrucke

Die Vordruckmuster für die allgemeinen Kommunalwahlen wurden überarbeitet und den Rechtsänderungen angepasst; sie sind in das Themenportal Wahlen eingestellt (wahlen.hessen.de). Ausgenommen hiervon ist das Formular KW 7 (Unterstützungssunterschrift und Bescheinigung des Wahlrechts), das als **Anlage** beigelegt ist.

Auf die Verpflichtung der Wahlleiterinnen und Wahlleiter zur rechtzeitigen Beschaffung der erforderlichen Vordrucke weise ich hin, § 2 Satz 2 KWO. Soweit es sich um Vordrucke für die Wahlvorschlagsträger handelt, kann im Regelfall auf die elektronisch bereitgestellten Vordruckmuster verwiesen werden; sollten sie allerdings ausdrücklich in Papierform gewünscht werden, soll dem entsprochen werden.

Im Einzelnen wurden folgende verbindliche Vordruckmuster im Internet eingestellt:

- Wahlbenachrichtigung (KW Nr.1)
Antrag auf Briefwahl (Wahlscheinantrag) (KW Nr. 2)
- Wahlbekanntmachung (KW Nr. 3)
Beurkundung des Abschlusses des Wählerverzeichnis (KW Nr. 4)
- Wahlschein (KW Nr. 5)
- Wahlvorschlag und Ergänzungsblatt (KW Nr. 6)
- Gesonderte Bescheinigung des Wahlrechts (KW Nr. 8)
- Zustimmungserklärung (KW Nr. 9)
- Bescheinigung der Wählbarkeit (KW Nr. 10)
- Niederschrift über den Verlauf der Versammlung der Mitglieder/der Vertreterinnen und Vertreter zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber mit Versicherungen an Eides statt und Ergänzungsblatt (KW Nr. 11)
- Niederschrift über die Sitzung des Wahlausschusses zur Entscheidung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge (KW Nr.12)
- Musterstimmzettel 1 für die Verhältniswahl (KW Nr. 13.1)
- Musterstimmzettel 2 für die Verhältniswahl (KW Nr. 13.2)
- Musterstimmzettel 3 für die Mehrheitswahl (KW Nr. 13.3)
- Wahl Niederschrift über die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses der Gemeinde-, Kreis- oder Ortsbeiratswahl im Wahlbezirk
Ausfüllteil (KW Nr. 14.1)
Anleitungsteil (KW Nr. 14.2)
- Wahl Niederschrift über die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses der Gemeinde-, Kreis- oder Ortsbeiratswahl im Briefwahlbezirk
Ausfüllteil (KW Nr. 15.1)
Anleitungsteil (KW Nr. 15.2.)
- Wahl Niederschrift über die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses der Gemeinde-, Kreis- oder Ortsbeiratswahl im Wahl- und Briefwahlbezirk
Ausfüllteil (KW Nr. 16.1)
Anleitungsteil (KW Nr. 16.2)
- Zählliste (KW Nr. 17)
- Zusammenstellung des endgültigen Ergebnisses (KW Nr. 18.1)
- Zusammenstellung der Zahlen der für die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber abgegebenen gültigen Stimmen (KW Nr. 18.2)
- Niederschrift des Wahlausschusses zur Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses der Gemeinde-, Kreis- oder Ortsbeiratswahl (KW Nr. 19)

5. Hinweise und Empfehlungen

Zur Vorbereitung der Kreis-, Gemeinde- und Ortsbeiratswahlen gebe ich folgende Hinweise:

5.1 Aufstellung, Einreichung und Zulassung von Wahlvorschlägen

Die Wahlvorschläge können beliebig viele Bewerberinnen und Bewerber enthalten, § 11 Abs. 2 Satz 1 KWG. Auf dem Stimmzettel werden für die Verhältniswahl für jeden Wahlvorschlag jedoch nur so viele Kandidaten aufgeführt, wie Vertreterinnen und Vertreter zu wählen sind, § 16 Abs. 2 Satz 5 KWG. Wird nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt, sind alle Bewerberinnen und Bewerber des Wahlvorschlags auf dem Stimmzettel ohne Angabe des Wahlvorschlagsträgers aufzuführen, § 16 Abs. 3 KWG.

Ausschließlich befugt, die Wahlvorschläge zu unterzeichnen, ist die Vertrauensperson zusammen mit der stellvertretenden Vertrauensperson; beide werden von der Nominierungsversammlung bestimmt, § 11 Abs. 3 Satz 1 und 2 KWG.

Die Reihenfolge der zugelassenen Wahlvorschläge bei der Veröffentlichung ergibt sich aus § 15 Abs. 4 Satz 2 bis 4 KWG. Aufgrund des Landtagswahlergebnisses 2013 ergibt sich für die ersten fünf Listennummern folgende Reihenfolge:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU –
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD –
3. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – GRÜNE -
4. DIE LINKE - DIE LINKE –
5. Freie Demokratische Partei – FDP -

Beteiligt sich eine dieser Parteien in einem Wahlkreis nicht an der Wahl, wird die betreffende Nummer ausgelassen; ein Leerfeld ist nicht vorzusehen, § 27 Abs. 3 KWO. Die Wahlvorschläge der nicht im Landtag vertretenen Parteien sowie der Wählergruppen schließen sich dann – beginnend mit der Nr. 6 – in der Reihenfolge des § 15 Abs. 4 Satz 3 und 4 KWG an.

Für die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen, deren Einreichung, Zulassung und öffentliche Bekanntmachung gelten folgende Fristen:

- Die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen muss nach der Bestimmung des Wahltags, spätestens am **79. Tag vor der Wahl** (= 18. Dezember 2015), erfolgen, § 22 Abs. 1 Satz 1 KWO. Damit die Wahlvorschlagsträger möglichst frühzeitig über die gesetzlichen Erfordernisse für die Aufstellung der Wahlvorschläge informiert sind, bitte ich – sofern noch nicht erfolgt - um eine **möglichst zeitnahe** Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen. Der zugelassene späteste Termin, also der 79. Tag vor der Wahl, sollte nicht ausgeschöpft werden.

In die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen sind Informationen darüber aufzunehmen, ob die Vertretungskörperschaft einen Beschluss nach § 16 Abs. 2 Satz 3 KWG gefasst hat. Dazu gehört u. a., welche zusätzlichen Bewerberangaben auf dem Stimmzettel erscheinen werden und demzufolge mit in die Wahlvorschläge gehören.

- Die Wahlvorschläge sind spätestens am **69. Tag vor dem Wahltag** (= 28. Dezember 2015) bis 18 Uhr schriftlich beim Wahlleiter einzureichen, § 13 Abs. 1 KWG.
- Der Wahlausschuss muss am **58. Tag vor der Wahl** (= 8. Januar 2016) über die Zulassung der Wahlvorschläge beschließen, § 15 Abs. 1 KWG.
- Die zugelassenen Wahlvorschläge müssen spätestens am **48. Tag vor der Wahl** (= 18. Januar 2016) öffentlich bekannt gemacht werden, § 15 Abs. 4 Satz 1 KWG.

5.2 Wahlbezirke und Wahlräume

Ich bitte, rechtzeitig vor der Wahl die Einteilung und Größe der Wahlbezirke auf Grundlage der bei den letzten Kommunalwahlen gemachten Erfahrungen zu überprüfen. Es ist damit zu rechnen, dass durch die Vielzahl von zu vergebenden Stimmen die Stimmabgabe längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Um Behinderungen und längere Wartezeiten der Wähler im Wahlraum zu vermeiden, ist zu prüfen, ob die Wahlbezirkseinteilung diesem Umstand Rechnung trägt. Zum Schutz des Wahlgeheimnisses sollen die Wahlbezirke so eingeteilt werden, dass mit mindestens 50 Wählerinnen und Wählern gerechnet werden kann.

Nach § 29 Abs. 2 Satz 1 KWO sollen die Wahlräume nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere Menschen mit Behinderungen und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen, die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Durch diese Vorschrift soll sichergestellt werden, dass bei der Auswahl der Wahlräume verstärkt auf den barrierefreien Zugang geachtet wird und diese Wahlräume auch barrierefrei eingerichtet sind, so dass

z. B. Rollstuhlfahrer die Wahlräume ohne fremde Hilfe erreichen und in mindestens einer Wahlkabine der Tisch, auf dem der Stimmzettel ausgefüllt wird, unterfahren werden kann. Dabei steht die Notwendigkeit der Inanspruchnahme fremder Hilfe zur Erreichung des Wahlraums bzw. zur Stimmabgabe der Barrierefreiheit nicht grundsätzlich entgegen.

Sollte ein Raum als Wahlraum genutzt werden, der im Alltag videoüberwacht ist, ist dafür Sorge zu tragen, dass die Überwachungsanlage ausgeschaltet wird und die Kameras so abgedeckt werden, dass keine Aufnahmen der Wählerinnen und Wähler möglich sind. Im Wahlraum ist ein Hinweis anzubringen, dass die Anlage für den Wahltag außer Betrieb genommen wurde.

5.3 Wahlorgane

Sofern für die Kommunalwahlen besondere Wahlleiter bzw. besondere stellvertretende Wahlleiter vom Gemeindevorstand bestellt werden, bitte ich zu beachten, dass deren Bestellung bis zu ihrem Widerruf gilt, § 5 Abs. 1 Satz 2 KWG.

Für die Auszählung der Stimmen wird die Berufung von Auszählungswahlvorständen empfohlen. Der Gemeindevorstand kann für die Zeit nach dem Wahltag Auszählungswahlvorstände berufen und diesen die Ermittlung der Wahlergebnisse einzelner oder mehrerer Wahlbezirke einschließlich der Briefwahl übertragen, § 6 Abs. 6 Satz 1 KWG. In Auszählungswahlvorstände können auch nicht wahlberechtigte Beschäftigte der Gemeinde oder des Landkreises berufen werden, § 6 Abs. 6 Satz 2 KWG. Bei der Berufung der Auszählungswahlvorstände durch den Gemeindevorstand bitte ich darauf zu achten, dass bereits bei der Berufung festgelegt werden muss, für welche Wahlbezirke der Auszählungswahlvorstand das Wahlergebnis ermittelt, § 4a Abs. 1 KWO. Die Festlegung ist für die Aufgabenverteilung von Auszählungswahlvorständen bindend; eine Änderung dieser Festlegung nach der Wahl ist unzulässig. Im Übrigen gelten für die Auszählungswahlvorstände die allgemeinen Vorschriften über die Wahlvorstände, § 4a Abs. 2 KWO.

5.4 Wahlbenachrichtigung, Öffentliche Bekanntmachungen

- 5.4.1** Um Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen möglichst frühzeitig eine Entscheidung zu ermöglichen, ob und wo sie an der Urnenwahl teilnehmen, muss der Gemeindevorstand frühzeitig und in geeigneter Weise mitteilen, welche Wahlräume barrierefrei sind, § 29 Abs. 2 Satz 2 KWO.

Das Vordruckmuster der Wahlbenachrichtigung enthält einen Hinweis, wo Wahlberechtigte Informationen über barrierefreie Wahlräume im Sinne des § 3 Abs. 1 des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes erhalten können und ein Rollstuhlpiktogramm, wenn der Wahlraum barrierefrei zu erreichen ist, § 10 Nr. 2 und 7 KWO. Zusätzlich muss nach § 11 Nr. 7 KWO in der Wahlbekanntmachung darauf hingewiesen werden, wo und in welcher Zeit ein Verzeichnis der barrierefreien Wahlräume eingesehen werden kann. Den Gemeinden wird empfohlen, diese Informationen zusätzlich durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit zu verbreiten.

- 5.4.2** Die wahlrechtlich vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen des Gemeindevorstands, des Kreisausschusses und des Wahlleiters können auch **ausschließlich im Internet** erfolgen, sofern dieses in der Hauptsatzung der Gemeinde oder des Landkreises festgelegt wurde (§ 67 Abs. 3 Satz 1 und 4 KWG i. V. m. § 1 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung über öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinden und der Landkreise (BekVO) vom 12. Oktober 1977 (GVBl. I S. 409), geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786)). Für eine öffentliche Bekanntmachung im Internet müssen die Vorgaben nach § 67 Abs. 3 Satz 3 und 4 KWG i.V.m. §§ 1 Abs. 2 Satz 2 und 3, 5a BekVO beachtet werden. Damit auch für Wahlberechtigte ohne Internetzugang die Möglichkeit zur Kenntnisnahme der Bekanntmachungen besteht, bitte ich insbesondere den nach § 67 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 KWG notwendigen Aushang der Bekanntmachungen zu gewährleisten; die Veröffentlichungsstellen müssen im Rahmen der Hinweisbekanntmachungen nach § 5a Abs. 1 Satz 2 BekVO benannt werden.

Sofern eine Internetbekanntmachung für die wahlrechtlich vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen noch nicht in der Hauptsatzung vorgesehen ist, ist eine Änderung der Hauptsatzung im letzten Jahr der Kommunalwahlperiode ausgeschlossen, vgl. § 6 Abs. 2 Satz 2 HGO, § 5a Abs. 2 Satz 2 HKO. Zulässig ist eine Änderung der Hauptsatzung nur noch in den Fällen, in denen der Landkreis oder die Gemeinde bereits allgemein mit Ausnahme der wahlrechtlichen Bekanntmachungen eine ausschließliche öffentliche Bekanntmachung im Internet vorgesehen hat, da es sich in diesen Fällen nicht um eine wesentliche Änderung im Sinne der vorgenannten Vorschriften handelt.

5.5 Stimmzettel

5.5.1 Papierqualität

Das Papier des Stimmzettels muss so beschaffen sein, dass nach Kennzeichnung und Faltung durch den Wähler bei der Stimmabgabe andere Personen nicht erkennen können, wie er gewählt hat, § 27 Abs. 1 Satz 4 KWO. Die Verwendung von Papier in der Qualität 90g/qm, ≥ 98 % Opazität wird empfohlen; für die Farben der Stimmzettel gilt § 89 Abs. 2 KWO; alle Stimmzettel eines Wahlkreises und für eine Wahl müssen von einheitlicher Papierfarbe sein. Daneben sollten in der Wahlkabine Schreibstifte bereitliegen, bei deren Verwendung sichergestellt ist, dass die Kennzeichnung nach der Faltung nicht durchscheint.

5.5.2 Formate, Vorfaltung

Als Mindestgröße der Stimmzettel wird ein DIN A4-Format empfohlen, damit ein Stimmzettel mindestens zweifach gefaltet werden kann. Ein Format von 98 x 68 cm soll möglichst nicht überschritten werden, da immer weniger Druckereien größere Formate herstellen können und zudem der Papiergroßhandel zunehmend aufgrund des geringen Bedarfs größere Formate nicht vorhält.

Um die Handhabung der Stimmzettel für die Wähler zu vereinfachen und zu vermeiden, dass es zu einer Zurückweisung des Wählers nach § 39 Abs. 6 Satz 1 Nr. 6 KWO kommt, sollten jedenfalls große Stimmzettel maschinell vorgefaltet werden. Auf den amtlichen Vordruckmustern (KW Nrn.13.1, 13.2 und 13.3) ist ausdrücklich klargestellt, dass der Stimmzettel nach der Kennzeichnung nach innen gefaltet werden muss.

Die Wahlvorstände sind darauf hinzuweisen, dass maschinell vorgefaltete Stimmzettel den Wählerinnen und Wählern am Wahltag auseinandergefaltet ausgehändigt werden müssen.

5.5.3 Stimmzettelinhalt

Auf dem Stimmzettel sind die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge der öffentlichen Bekanntmachung nach § 15 Abs. 4 KWG neben- oder untereinander aufzuführen, § 16 Abs. 2 Satz 1 KWG. Sofern die Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel unter-

einander aufgeführt werden sollen, ist auch hierbei die Reihenfolge der Wahlvorschläge einzuhalten; die Länge des Stimmzettels wird durch den längsten Wahlvorschlag begrenzt (vgl. Vordruckmuster KW Nr. 13.2).

Alle Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine Ordnungsnummer, die sich aus der Nummer des Wahlvorschlags und der Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag zusammensetzt, § 27 Abs. 2 Satz 2 KWO.

5.5.4 Verteilen von Musterstimmzetteln

Nach § 15 Abs. 4 Satz 1 KWG muss der Wahlleiter vor der Wahl veranlassen, dass amtliche Musterstimmzettel verteilt werden. Der Musterstimmzettel muss inhaltlich mit dem amtlichen Stimmzettel übereinstimmen und deutlich als Muster erkennbar sein. Eine persönliche Zustellung an jeden Wahlberechtigten ist nicht erforderlich; ausreichend sind Postwurfsendungen an sämtliche Haushalte, eine Verteilung der Stimmzettel auf den Vertriebswegen der Tageszeitungen oder als Beilage in örtlichen Zeitungen. Die Verpflichtung zur Verteilung von Musterstimmzetteln bezieht sich auf alle Wahlen, so dass für jede der verbundenen Wahlen der jeweilige Stimmzettel verteilt werden muss; Ausnahmen gelten nur für verbundene Direktwahlen und Bürgerentscheide (§ 45 Abs. 5 Satz 4, § 56 Satz 3 KWG). Die Verwendung von farbigen Musterstimmzetteln ist nicht erforderlich; sie wird jedoch empfohlen, um Irritationen bei den Wählerinnen und Wählern bezüglich einer unterschiedlichen Gestaltung von amtlichen Stimmzetteln und Musterstimmzetteln zu vermeiden. Für die Verteilung der Musterstimmzettel ist keine Frist vorgeschrieben; sie muss jedoch so rechtzeitig erfolgen, dass den Empfängern die Gelegenheit zur Information über den Inhalt der Stimmzettel gegeben wird.

Die Rückseite des Musterstimmzettels kann zur sachlichen Information der Wählerschaft über die Möglichkeiten der Stimmabgabe genutzt werden. Dabei bitte ich dem Gesichtspunkt der Vermeidung unzulässiger amtlicher Wahlbeeinflussung besondere Beachtung zu schenken; zulässig sind lediglich informierende wettbewerbsneutrale Veröffentlichungen, die nicht als offene oder verdeckte Werbung für bestimmte Wahlvorschläge missdeutet werden können; Fotos von Wahlleitern, Aufrufe oder Grußworte von Kommunalpolitikern haben regelmäßig keinen besonderen Informationsgehalt. Einen Mustertext für eine Information über die Stimmabgabemöglichkeiten werde ich in Kürze in das Themenportal Wahlen wahlen.hessen.de unter dem Link „[Kommunen/Allgemeine Kommunalwahlen /Informationen und Vordrucke für Kommunen](#)“ einstellen.

Um eine einheitliche und zeitgleiche Information der Wählerschaft über alle Wahlen zu erreichen, wird den Kreiswahlleitern empfohlen, die Verteilung der Musterstimmzettel für die Kreiswahl mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden abzusprechen und gegebenenfalls eine gemeinsame Verteilung der Stimmzettel zu vereinbaren.

5.6 Wahlhandlung, Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse, Meldung der Wahlergebnisse, repräsentative Wahlstatistik

Zur Wahlhandlung, zur Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse sowie zu den notwendigen Meldungen der Wahlergebnisse ergeht ein gesonderter Erlass.

Eine landesweite repräsentative Wahlstatistik nach § 66 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KWG über das Stimmverhalten der Wähler durch das Hessische Statistische Landesamt wird für die Kommunalwahlen 2016 nicht durchgeführt.

6. Vordrucke für die Direktwahlen

Die folgenden Vordruckmuster für Direktwahlen sind, wie auch die Vordrucke für die allgemeinen Kommunalwahlen (siehe unter Nr. 4), an die geänderte Rechtslage angepasst worden. Die Vordrucke, mit Ausnahme des Vordrucks Nr. 7 - stehen ebenfalls **ausschließlich** im Themenportal Wahlen wahlen.hessen.de, unter dem Link „[Kommunen/Direktwahlen](#)“ zur Verfügung:

- Wahlbenachrichtigung (DW Nr.1)
Antrag auf Briefwahl (Wahlscheinantrag) (DW Nr. 2)
- Wahlbekanntmachung (DW Nr. 3a)
- Wahlbekanntmachung Stichwahl (DW 3b)
- Beurkundung des Abschlusses des Wählerverzeichnis (DW Nr. 4)
- Wahlschein (DW Nr. 5)
- Wahlvorschlag und Ergänzungsblatt (DW Nr. 6)
- Gesonderte Bescheinigung des Wahlrechts (DW Nr. 8)
- Zustimmungserklärung (DW Nr. 9)
- Bescheinigung der Wählbarkeit (DW Nr. 10)
- Niederschrift über den Verlauf der Versammlung der Mitglieder/der Vertreterinnen und Vertreter zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber mit Versicherungen an Eides statt und Ergänzungsblatt (DW Nr. 11)

- Niederschrift über die Sitzung des Wahlausschusses zur Entscheidung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge (DW Nr.12)
- Musterstimmzettel 1 - mehr als zwei Bewerber - (DW Nr. 13.1)
- Musterstimmzettel 2 – zwei Bewerber - (DW Nr. 13.2)
- Musterstimmzettel 3 – nur ein Bewerber - (DW Nr. 13.3)
- Wahl Niederschrift über die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses im Wahlbezirk
Ausfüllteil (DW Nr. 14.1)
Anleitungsteil (DW Nr. 14.2)
- Wahl Niederschrift über die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses im Briefwahlbezirk
Ausfüllteil (DW Nr. 15.1)
Anleitungsteil (DW Nr. 15.2.)
- Wahl Niederschrift über die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses im Wahl- und Briefwahlbezirk
Ausfüllteil (DW Nr. 16.1)
Anleitungsteil (DW Nr. 16.2)
- Zusammenstellung des endgültigen Ergebnisses (DW Nr. 17)
- Niederschrift über die Sitzung des Wahlausschusses zur Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses (KW Nr. 18).

Im Auftrag

gez.

Dr. Kanther

Anlage 1